

D-3

Titel Resolution: All refugees welcome!

Antragsteller*innen

Adressat*innen

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Resolution: All refugees welcome!

- 1 Der Krieg in der Ukraine ist eine Zeitenwende in Europa. Zerstörung, Leid und Tod sind nach Europa zurückge-
2 kehrt. Mehr als 700.000 Menschen sind (stand 16.05.22) alleine aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet
3 – und es werden täglich mehr.
- 4 Der 24.02.2022 war eine Zeitenwende in unserer Geschichte. Noch nie war die Solidarität mit einem ande-
5 ren Land größer als in diesen Tagen. Dank der EU-Massenzustroms Richtlinien wurde eine unbürokratische
6 Aufnahme von Schutzsuchenden ermöglicht.
- 7 Der Krieg hat uns und ganz Europa verändert. Doch auch in dieser Zeit dürfen wir die Menschen nicht verges-
8 sen, die aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder ganz anderen Ländern zu uns nach Deutschland gekommen
9 sind.
- 10 Situation für Menschen, welche nicht Ukrainer*innen sind, aber dort leben
- 11 Den ukrainischen Geflüchteten wurde in Deutschland eine Perspektive gegeben, leider gilt dies aber schon
12 nicht mehr für alle Menschen, die aus der Ukraine kommen. Menschen, welche in der Ukraine einen befris-
13 teten Aufenthaltstitel haben, müssen Asyl beantragen, oder belegen, warum Sie nicht in ihr Heimat Land zu-
14 rückkehren können. Dadurch profitieren Drittstaatsangehörige nicht von den Regeln ukrainischer Schutzsu-
15 chender.
- 16 Situation für Geflüchtete in Deutschland
- 17 Auch für Geflüchtete, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, gelten andere Gesetze.
- 18 Heute leben ca. 1.8 Millionen Schutzsuchende in der Bundesrepublik (stand 2020). Davon 215.841 Menschen
19 mit offenen Schutzstatus, 186.640 Personen mit abgelehntem Asylantrag und 1.4 Millionen Menschen die ei-
20 nen Aufenthaltsstatus für 3 Jahre haben.
- 21 Trotz anerkanntem Asylantrag wird alle 3 Jahre das Bleiberecht überprüft und gegebenenfalls verlängert. Da-
22 bei leben die Schutzsuchenden größtenteils seit 2015 in Deutschland.
- 23 Durch das Asylrecht müssen davon betroffene Asylbewerber*innen Arbeitserlaubnis beantragen, statt wie
24 ukrainische Staatsbürger*innen einfach arbeiten zu können. Schutzsuchende warten bis zu einem Jahr auf
25 eine Entscheidung über ihr Verfahren, statt eine Aufenthaltsgenehmigung von 3 Jahren zu erhalten.
- 26 Was bedeutet Duldung für die Menschen
- 27 Für Menschen, welche nur geduldet werden, sind noch weitere Einschränkungen möglich, wenn Sie sich laut
28 Behörde nicht um ihre Abschiebung bemühen.
- 29 So kann ihnen die Sozialleistungen gekürzt werden, die ihnen das Überleben sichert. Es gibt keine Leistun-
30 gen für den persönlichen Bedarf. Sie können ein Arbeitsverbot erhalten, wobei Menschen aus sicheren Her-
31 kunftsländern pauschal mit einem Arbeitsverbot „bestraft“ werden und ihr Bewegungskreis kann bis auf den
32 Landkreis beschränkt werden.

33 Bleiberecht

34 Hinzu kommt das die Chance auf eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung gering ist. Zwar gibt es die Mög-
35 lichkeit durch einen deutschen Abschluss oder eine Berufsausbildung eine Chance auf eine unbegrenzte Auf-
36 enthaltsgenehmigung zu erhalten. Aber dafür müssen Jugendliche 4 Jahre in Deutschland leben, Familien und
37 Erwachsene wiederum 6 beziehungsweise 8 Jahre. Bis dahin können Sie mit einer Frist von 1 Monat jederzeit
38 abgeschoben werden.

39 Dies zeigt die prekäre Situation vieler Geflüchteten in Deutschland. Die Solidarität mit ukrainischen Geflüchte-
40 ten ist wichtig, wir dürfen aber nicht die Menschen vergessen die tagtäglich über das Mittelmeer nach Deutsch-
41 land flüchten, in Camps in der Türkei oder Griechenland leben oder bei uns in Deutschland sind.

42 Die Situation für Schutzsuchende in der Bundesrepublik ist katastrophal. Nicht nur kategorisiert der deutsche
43 Staat Menschen in „schlechten“ und „guten“ Geflüchteten, sondern wird durch lebens einschränkende Sank-
44 tionen von einer Integration gezielt abgehalten. Wir aber wollen einen sicheren Hafen für Geflüchtete und
45 ernsthafte Perspektiven, hier anzukommen.

46 Daher fordern wir:

47 Die Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Flüchtlingen mit ukrainischen Schutzsuchenden durch
48 ein,

49 Dauerhaftes Bleiberecht für Menschen mit anerkanntem Asylantrag

50 Anrechnung von ausländischen Abschlüssen, falls nicht möglich Schaffung von Aufbauseminaren

51 Schnelle Ausarbeitung des Gesetzes im Koalitionsvertrag „Chancen Aufenthaltsrecht“

52 Gleiche Finanzielle Unterstützung aller schutzsuchender Menschen

53 Entbürokratisierung der Asylanträge

54 Ausschluss der Sanktionsmöglichkeiten

55 Abschiebestopp von Schutzsuchenden

Antragsteller*innen

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: